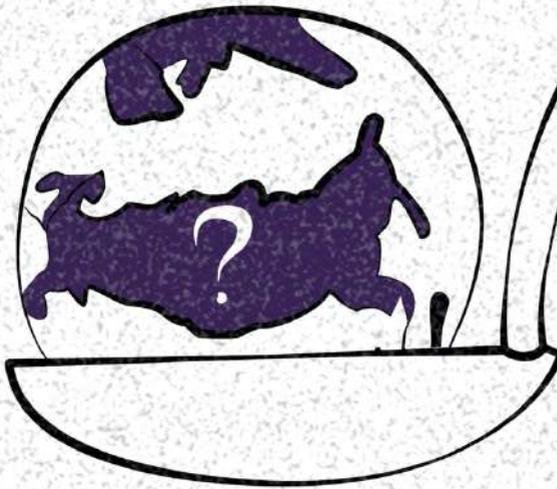


FAQ

zu Rechtsstreitigkeiten in Russland



1. Gibt es spezielle Regeln für ein ausländisches Unternehmen oder einen ausländischen Staatsbürger, um seine Rechte vor einem russischen Staatsgericht zu schützen?

Ausländische Unternehmen haben hinsichtlich der Wahrung ihrer Interessen vor Gericht die gleichen Rechte wie russische Unternehmen. Bei der Einreichung von Unterlagen bei Gericht kann jedoch eine Übersetzung, konsularische Beglaubigung oder Anbringung einer Apostille erforderlich sein, sofern die Vereinbarung zwischen der Russischen Föderation und dem Gründungsland (Ort der Registrierung) der Gesellschaft nichts anderes vorsieht.

2. Wann sind wir berechtigt, die russische Gerichtsbarkeit zu wählen?

In der Russischen Föderation werden Zivilstreitigkeiten, an denen ausländische Personen beteiligt sind, vor allgemeinen staatlichen Gerichten (hauptsächlich inländische oder familiäre Streitigkeiten, an denen Bürger beteiligt sind, oder Arbeits- und Verbraucherstreitigkeiten, an denen Unternehmen beteiligt sind) und vor staatlichen Wirtschaftsgerichten (hauptsächlich unternehmerische und wirtschaftliche Streitigkeiten, an denen Unternehmen beteiligt sind) geprüft.

Staatliche Wirtschaftsgerichte in der Russischen Föderation prüfen Fälle, an denen ausländische Organisationen, internationale Organisationen, ausländische Staatsbürger und Staatenlose beteiligt sind, falls die Vereinbarung zwischen den Parteien nicht die Zuständigkeit eines Gerichts eines anderen Staates für die Prüfung einer Streitigkeit begründet, und wenn:

1. der Beklagte seinen Wohnsitz auf dem Gebiet der Russischen Föderation hat, oder sich das Eigentum des Beklagten auf dem Territorium der Russischen Föderation befindet.

2. sich auf dem Territorium der Russischen Föderation ein Leitungsorgan, eine Zweigniederlassung oder eine Vertretung eines Ausländers befindet.

3. der Streit auf Grundlage eines Vertrags entstand, laut welchem die Vollstreckung auf dem Territorium der Russischen Föderation stattfinden muss oder bereits stattgefunden hat.

4. der Anspruch aufgrund eines Sachschadens durch eine Handlung oder einen anderen Umstand entstand, der auf dem Territorium der Russischen Föderation stattfand, oder aufgrund des Auftretens eines Schadens auf dem Territorium der Russischen Föderation.

5. der Streit aus einer ungerechtfertigten Bereicherung, die auf dem Territorium der Russischen Föderation stattfand, entstand;

6. sich der Kläger in der Rechtssache «Business Reputation» in der Russischen Föderation befindet.

7. der Streit aus Beziehungen im Zusammenhang mit dem Umlauf von Wertpapieren, deren Emission auf dem Territorium der Russischen Föderation stattfand, entstand.

8. der Antragsteller im Falle der Feststellung eines Umstands von rechtlicher Bedeutung auf das Vorhandensein dieses Umstands auf dem Gebiet der Russischen Föderation hinweist.

9. der Streit aus Beziehungen im Zusammenhang mit der staatlichen Registrierung von Namen und anderen Gegenständen und der Erbringung von Dienstleistungen in der internationalen Vereinigung der Informations- und Telekommunikationsnetze «Internet» auf dem Territorium der Russischen Föderation entstand.

10. In anderen Fällen, wenn eine enge Beziehung zwischen dem umstrittenen Rechtsverhältnis und dem Territorium der Russischen Föderation besteht.

Die Wirtschaftsgerichte in der Russischen Föderation prüfen auch Fälle, die nach Vereinbarung der Parteien in die Zuständigkeit der russischen Gerichte fallen, sofern dies nicht die ausschließliche Zuständigkeit der Gerichte eines anderen Staates verletzt.

Allgemeine staatliche Gerichte in der Russischen Föderation prüfen Fälle, an denen ausländische Personen beteiligt sind, wenn die Vereinbarung zwischen den Parteien nicht die Zuständigkeit eines Gerichts eines anderen Staates für die Prüfung von Streitigkeiten erfordert. **Allgemeine staatliche Gerichte** in der Russischen Föderation prüfen außerdem Fälle unter folgenden Umständen:

1. Die betroffene Organisation befindet sich auf dem Territorium der Russischen Föderation oder der betroffene Bürger hat einen Wohnsitz in der Russischen Föderation.

2. Im Hoheitsgebiet der Russischen Föderation befindet sich ein Leitungsorgan, eine Zweigniederlassung oder eine Vertretung eines Ausländers.

3. Der Beklagte hat Eigentum auf dem Territorium der Russischen Föderation und (oder) macht Werbung im Informations- und Telekommunikationsnetz "Internet", um die Aufmerksamkeit der Verbraucher auf das Territorium der Russischen Föderation zu lenken.

4. Wenn der Kläger im Falle der Wiederherstellung des Unterhalts und der Begründung der Vaterschaft einen Wohnsitz in der Russischen Föderation hat.

5. Wenn im Falle von Schadensersatzleistungen, die durch Verstümmelung, andere Gesundheitsschäden oder den Tod eines Ernährers verursacht wurden, der Schaden auf dem Gebiet der Russischen Föderation verursacht worden ist oder der Kläger seinen Wohnsitz in der Russischen Föderation hat.

6. Im Falle der Entschädigung für Sachschäden fand im Hoheitsgebiet der Russischen Föderation eine Klage oder ein anderer

Umstand statt, der als Grundlage für die Vorlage eines Schadensersatzanspruchs diene.

7. Der Anspruch ergibt sich aus einer Vereinbarung, nach der die vollständige oder teilweise Vollstreckung auf dem Territorium der Russischen Föderation erfolgen muss oder stattgefunden hat.

8. Der Anspruch ergibt sich aus einer ungerechtfertigten Bereicherung, die auf dem Territorium der Russischen Föderation stattgefunden hat.

9. Wenn im Falle einer Scheidung der Kläger einen Wohnsitz in der Russischen Föderation hat oder mindestens einer der Ehegatten russischer Staatsbürger ist.

10. Wenn im Falle des Schutzes der Ehre, der Würde und des Ansehens des Unternehmens der Kläger seinen Wohnsitz in der Russischen Föderation hat.

11. Wenn im Falle des Schutzes der Rechte des Subjekts personenbezogener Daten, einschließlich des Ersatzes von Verlusten und (oder) des Ersatzes von «moralischem Schaden» der Kläger seinen Wohnsitz in der Russischen Föderation hat.

12. Wenn im Falle der Kündigung von Links, die den Zugang zu Informationen im Informations- und Telekommunikationsnetz "Internet" ermöglichen, durch den Suchmaschinenbetreiber, der Kläger seinen Wohnsitz in der Russischen Föderation hat.

3. Wann müssen wir die russische Gerichtsbarkeit wählen?

In **staatlichen Wirtschaftsgerichten** sind die Parteien verpflichtet, die folgenden Fälle in der Russischen Föderation zu prüfen:

1. Streitigkeiten im Zusammenhang mit Eigentum der Russischen Föderation, einschließlich Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Privatisierung von Staatseigentum und der Zwangsveräußerung von Eigentum für staatliche Zwecke.

2. Streitigkeiten, bei denen es sich um Immobilien handelt, wenn sich diese im Hoheitsgebiet der Russischen Föderation befinden, oder bei Rechtsstreitigkeiten, bei denen es sich um Immobilien handelt.

3. Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Registrierung oder Erteilung von Patenten, mit der Registrierung und Ausstellung von Zertifikaten für Marken, gewerbliche Muster und Modelle oder mit der Registrierung anderer Rechte an den Ergebnissen geistiger Tätigkeiten, die die Registrierung oder Erteilung eines Patents oder Zertifikats in der Russischen Föderation erfordern.

4. Streitigkeiten über die Ungültigmachung von Einträgen in staatliche Register (Register, Kataster), die von der zuständigen Behörde der Russischen Föderation, die ein solches Register führt (Register, Kataster), vorgenommen wurden.

5. Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Niederlassung, Liquidation oder Registrierung von juristischen Personen und Einzelunternehmern im Hoheitsgebiet der Russischen Föderation sowie der Anfechtung von Entscheidungen der Organe dieser juristischen Personen.

In die ausschließliche Zuständigkeit der Schiedsgerichte in der Russischen Föderation fallen auch Fälle, an denen ausländische Personen beteiligt sind, die aus administrativen und anderen öffentlichen Rechtsbeziehungen stammen.

Bei folgenden Fällen sind die Parteien verpflichtet, ihre Angelegenheiten in den **allgemeinen Gerichten** der Russischen Föderation zu prüfen:

1. Fälle des Rechts auf unbewegliches Vermögen auf dem Territorium der Russischen Föderation.

2. Fälle von Streitigkeiten aus einem Beförderungsvertrag, wenn sich die Beförderer auf dem Territorium der Russischen Föderation befinden.

3. Scheidungsfälle zwischen einem russischen Staatsbürger und einem ausländischen Staatsbürger oder Staatenlosen, wenn beide Ehegatten einen Wohnsitz in der Russischen Föderation haben.

4. Wenn der Bürger, für den ein Antrag auf Adoption gestellt wird, auf die Einschränkung der Rechtsfähigkeit oder auf Rechtsunfähigkeit, auf Erklärung eines Minderjährigen für "voll handlungsfähig" (Emanzipation), russischer Staatsbürger ist oder einen Wohnsitz in der Russischen Föderation hat.

5. Wenn es sich bei der Person, für die der Antrag auf Feststellung von Vermisstsein oder Tod gestellt wurde, um einen russischen Staatsbürger handelt oder sie den letzten bekannten Wohnsitz in der Russischen Föderation hatte, und die Feststellung der Rechte und Pflichten von Staatsbürgern, die einen Wohnsitz in der Russischen Föderation haben, von der Lösung dieses Problems abhängt sowie von Organisationen in der Russischen Föderation.

6. Wenn ein Antrag auf Anerkennung einer im Hoheitsgebiet der Russischen Föderation gelegenen Sache als inhaberlos oder auf Anerkennung des Rechts auf kommunales Eigentum an einer im Hoheitsgebiet der Russischen Föderation gelegenen inhaberlosen unbeweglichen Sache gestellt wurde.

7. Wenn ein Antrag gestellt wurde, um die verlorene Inhabersicherheit oder Ordnungssicherheit eines Bürgers oder Bürgers mit Wohnsitz in der Russischen Föderation oder einer Organisation oder Organisation in der Russischen Föderation für ungültig zu erklären und ihre Rechte wiederherzustellen (Aufrufverfahren).

4. Nach dem materiellen Recht welchen Landes wird sich das russische Gericht richten, wenn in dem Fall ein Ausländer beteiligt ist?

Dingliche Rechtsverhältnisse

Das Eigentumsrecht und andere Eigentumsrechte an unbeweglichem und beweglichem Vermögen richten sich nach dem Recht des Landes, in dem sich dieses Vermögen befindet.

Ungerechtfertigte Bereicherung

Pflichten aus ungerechtfertigter Bereicherung richten sich nach dem Recht des Landes, in dem die Bereicherung stattgefunden hat.

Wenn im Zusammenhang mit einem bestehenden oder angeblichen Rechtsverhältnis, in dem das Eigentum erworben wurde, eine ungerechtfertigte Bereicherung stattgefunden hat, gelten die sich aus dieser ungerechtfertigten Bereicherung ergebenden Pflichten nach dem Recht des Landes, dem dieses Verhältnis untergeordnet war oder untergeordnet werden könnte.

Zum Beispiel: Ein Unternehmen aus Deutschland (Lieferant) und ein Unternehmen aus Russland (Käufer) haben sich bereit erklärt, einen Liefervertrag abzuschließen, und der Käufer hat vor Vertragsunterzeichnung eine Vorauszahlung geleistet. Die Parteien konnten sich nicht auf die Lieferbedingungen einigen und lehnten den Abschluss eines Vertrages ab. Der Verkäufer hatte eine ungerechtfertigte Bereicherung im Zusammenhang mit dem angeblichen Rechtsverhältnis aus dem Liefervertrag. Der Liefervertrag unterliegt dem Recht des Lieferlandes. Für die ungerechtfertigte Bereicherung gelten daher die Bestimmungen des BGB.

Schädliche Haftung

Für schadensverursachende Pflichten gilt das Recht des Landes, in dem die Klage erhoben wurde, die als Grundlage für die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen diene. Für den Fall, dass infolge einer solchen Handlung der Schaden in einem anderen Land eingetreten ist, kann das Recht dieses Landes angewendet werden, wenn der Schadensverursacher das Auftreten eines Schadens in diesem Land vorhergesehen hat oder hätte vorhersehen müssen.

Haben die Parteien, die in die Angelegenheiten, aus welchen der Schaden resultierte, verwickelt sind, ihren Wohnsitz oder Hauptgeschäftssitz im selben Land, so gilt das Recht dieses Landes. Wenn die Parteien dieser Verpflichtung einen Wohnsitz oder eine Hauptniederlassung in verschiedenen Ländern haben, aber Staatsangehörige oder juristische Personen desselben Landes sind, gilt das Recht dieses Landes.

Ergibt sich aus der Gesamtheit der Umstände des Einzelfalls, dass die Verpflichtung aus der Zufügung von Schaden in engem Zusammenhang mit dem Vertrag zwischen dem Opfer und dem Verursacher von Schaden steht, der während der Ausübung der unternehmerischen Tätigkeit dieser Parteien geschlossen wurde, so gilt das auf eine solche Vereinbarung anzuwendende Recht.

Unternehmensrechtliche Beziehungen / Verhältnisse

Zur Regelung von Fragen wie der Status der Organisation als juristische Person, die Rechtsform einer juristischen Person, die Anforderungen an den Namen der juristischen Person, die Einrichtung, Sanierung und Liquidation der juristischen Person, einschließlich Folgefragen, die Rechtsfähigkeit des Inhalts der juristischen Person, das Verfahren für den Erwerb von Bürgerrechten der juristischen Person und die Übernahme der bürgerlichen Verantwortlichkeiten , interne Beziehungen, einschließlich der Beziehung der juristischen Person mit den Teilnehmern, die Fähigkeit juristischer Personen ihre Verpflichtungen zu erfüllen , und bei Haftungsfragen der Gründer (Teilnehmer) der juristischen Person und

ihrer Verpflichtungen, wird das Recht des Landes angewendet, in dem die juristische Person angesiedelt ist.

Erbrechtsverhältnisse

Die Erbschaftsverhältnisse richten sich nach dem Recht des Landes, in dem der Erblasser seinen letzten Wohnsitz hatte, sofern dieser Artikel nichts anderes bestimmt.

Die Erbschaft von unbeweglichem Vermögen richtet sich nach dem Recht des Landes, in dem sich dieses Vermögen befindet, und die Erbschaft von unbeweglichem Vermögen, das in das staatliche Register der Russischen Föderation eingetragen ist, nach russischem Recht.

Vertragliche Rechtsverhältnisse

Wenn sich die Parteien auf ein anzuwendendes Recht geeinigt haben, so wendet das russische Gericht in der Regel auch das ausländische oder russische Recht an, das von den Parteien vereinbart wurde. Diese Regel enthält eine Reihe von Ausnahmen, die auf bestimmte Normen in der russischen Gesetzgebung zurückzuführen sind, die unabhängig von dem von den Parteien gewählten Recht gelten (die sogenannten Super-Imperativ- Normen) .

Wenn sich die Parteien nicht auf ein anzuwendendes Recht für den Vertrag einigen, so gilt das Recht des Landes, in dem zum Zeitpunkt des Abschlusses des Vertrages der Wohnsitz oder Hauptgeschäftssitz der Parteien, die für den Inhalt des Vertrages, die Leistung, die entscheidende Bedeutung trägt, oder das Recht des Landes, mit dem der Vertrag am engsten verbunden ist :

Vertragsverhältnis	Anwendbares Recht
Verkauf	Recht des Verkäuferlandes
Schenkung	Recht des Landes des Schenkers
Miete	Recht des Landes des Vermieters

Vertrag	Recht des Vertragslandes
Transport	Recht des Betreiberlandes
Spedition	Landesrecht des Spediteurs
Darlehen	Recht des Landes des Darlehensgebers
Bankeinzahlung	Ländesrecht der Bank
Lagerung	Recht des Landes der Depotbank
Versicherung	Recht des Landes des Versicherungsnehmers
Kommission	Recht des Landes des Beauftragten
Agentur-Service	Recht des Agenten
Erbringung von Dienstleistungen	Recht des Landes des Dienstleistungserbringers
Pfandvertrag	Recht des Landes des Verpfänders
Bauftrag, Design, Vermessungsarbeiten	Das Recht des Landes, in dem die Vertragsergebnisse erstellt werden
Rechtsbeziehungen, die sich aus einer Vereinbarung ergeben, die aufgrund einer Auktion, eines Angebots oder an der Börse geschlossen wurden	Recht des Landes, in dem die Auktion oder der Austausch stattgefunden hat
Konzession	Das Recht des Landes, in dessen Hoheitsgebiet der Komplex der Rechte angewendet wird, und, wenn es gleichzeitig in den Hoheitsgebieten mehrerer Länder

	angewendet wird, das Recht des Landes, in dem sich der Wohnsitz oder der Hauptgeschäftssitz des Inhabers des Urheberrechts befindet.
Nutzung des ausschließlichen Rechts auf das Ergebnis der geistigen Tätigkeit oder der Individualisierung	Das Recht des Landes, in dessen Hoheitsgebiet Rechte geltend gemacht werden, und, wenn es gleichzeitig in den Hoheitsgebieten mehrerer Länder angewendet wird, das Recht des Landes, in dem sich der Wohnsitz oder der Hauptgeschäftssitz des Inhabers des Urheberrechts befindet.
Lizenzbeziehungen	Das Recht des Landes, in dessen Hoheitsgebiet die Rechte angewendet werden, und, wenn es gleichzeitig in den Hoheitsgebieten mehrerer Länder angewendet wird, das Recht des Landes, in dem sich der Wohnsitz oder der Hauptgeschäftssitz des Lizenzgebers befindet.

5. Welche Verjährungsfrist gilt für Gerichtsverfahren nach russischem Recht?

Als allgemeine Regel gilt, dass die Verjährungsfrist an dem Zeitpunkt beginnt, an dem der Geschädigte von der Verletzung seiner Rechte erfuhr oder hätte wissen müssen Sie beträgt **3 Jahre** insofern

das Gesetz keine Ausnahmen von dieser Regel vorsieht (Art. 196 des BGB).

Die wichtigsten Ausnahmen:

- Die Verjährungsfrist für einen Antrag auf Ungültigerklärung eines streitigen Geschäfts und die Geltendmachung der Folgen seiner Ungültigkeit beträgt **ein Jahr** (Artikel 181 des Zivilgesetzbuchs der Russischen Föderation).

- Eine Erklärung eines Mitglieds der Gesellschaft über die Ungültigkeit der Anerkennung des Beschlusses der Hauptversammlung der Mitglieder der Gesellschaft kann innerhalb von **zwei Monaten** ab dem Tag, an dem das Mitglied der Gesellschaft die getroffene Entscheidung und die Umstände, die die Grundlage für die Ungültigerklärung bilden, erfahren hat oder hätte wissen müssen, beim Gericht eingereicht werden. Für Aktiengesellschaften **beträgt die Frist drei Monaten** (Artikel 43 des föderalen Gesetzes „Über LLC“, Artikel 49 des föderalen Gesetzes „Über Aktiengesellschaften“).

- Ansprüche, die aus einer Verletzung von Pflichten aus dem Vertrag über die Beförderung von Gütern, hervorgehen, können innerhalb **eines Jahres** geltend gemacht werden (Artikel 408 der KTM, Artikel 146 des HF-Hochfrequenzverkehrsgesetzes, Artikel 125 des HF-Zollgesetzes, Artikel 42 des Bundesgesetzes «Charta des Straßenverkehrs und des städtischen Landverkehrs mit Elektrizität»).

- Ansprüche, die aus der Verletzung von Pflichten aus dem Vertrag über Speditionen hervorgehen, können innerhalb **von einem Jahr geltend gemacht werden** (Artikel 13 des föderalen Gesetzes «über Speditionen»).

- Bei Veräußerung von Aktien einer nicht börsennotierten Gesellschaft unter Verletzung des Bezugsrechts, Aktionären mit einem solchen Bezugsrecht oder der Gesellschaft selbst, sofern ihre Satzung ein Bezugsrecht zum Erwerb von Aktien vorsieht, hat die Gesellschaft das Recht, **innerhalb von drei Monaten** ab dem Tag, an dem der Aktionär der Gesellschaft oder die Gesellschaft von der

Verletzung erfahren hat oder hätte erfahren müssen, die gerichtliche Übertragung der Rechte und Pflichten des Erwerbers auf sie zu verlangen. Für Gesellschaften mit beschränkter Haftung gelten die gleichen Bestimmungen (Artikel 7 des Bundesgesetzes über die Aktiengesellschaft, Artikel 21 des Bundesgesetzes über die GmbH).

6. Wie hoch sind die Gerichtsgebühren für die Einreichung einer Klage bei staatlichen russischen Gerichten?

Die Höhe der Gerichtsgebühr (hier staatliche Gebühr genannt) ist davon abhängig, welche Forderungen gestellt wurden und bei welchem Gericht diese Forderungen geprüft werden.

Die maximale staatliche Gebühr für bewertungspflichtige Eigentumsansprüche ist auf 60.000 Rubel bei einem Gericht der allgemeinen/ordentlichen Gerichtsbarkeit und auf 200.000 Rubel bei einem Schiedsgericht begrenzt und beträgt durchschnittlich 0,5% bis 4% der Höhe der Ansprüche.

Die staatliche Gebühr für Nicht-Eigentumsanforderungen ist deutlich niedriger und beträgt zwischen 300 und 6.000 Rubel.

7. Wer ist berechtigt, unsere Interessen vor dem russischen Staatsgericht zu vertreten?

In den meisten Fällen handelt es sich bei Vertretern von Bürgern und Organisationen vor Gericht um Personen mit einer höheren juristischen Ausbildung oder einem Abschluss in einem Rechtsfach.

Eine Organisation kann sich auch durch ihre nach dem Recht des Gründungslandes der Organisation zugelassenen Gremien vertreten lassen.

8. Wie kann ein ausländisches Gerichtsurteil in Russland vollstreckt werden?

Um das Urteil eines ausländischen Gerichts in der Russischen Föderation durchzusetzen, ist es notwendig, sich mit dem entsprechenden Antrag an ein russisches Gericht zu wenden.

Ein Urteil eines ausländischen Gerichts oder eines ausländischen Schiedsspruchs kann innerhalb eines Zeitraums von höchstens drei Jahren ab Inkrafttreten der Vollstreckung vorgelegt werden (der Zeitpunkt des Inkrafttretens richtet sich nach dem Recht des Landes, in dem das Urteil getroffen wurde).

Das Gericht weigert sich in folgenden Fällen das Urteil eines ausländischen Gerichts ganz oder teilweise anzuerkennen und durchzusetzen:

1) Ein Urteil nach dem Recht des Staates, in dessen Hoheitsgebiet sie erlassen wurde, ist nicht in Kraft getreten.

2) Die Partei, gegen die das Urteil getroffen wurde, wurde nicht rechtzeitig und ordnungsgemäß über den Zeitpunkt und den Ort der Anhörung des Falls informiert oder konnte aus anderen Gründen dem Gericht keine Erklärungen vorlegen.

3) Die Prüfung eines Falls in Übereinstimmung mit einem internationalen Vertrag der Russischen Föderation oder dem Bundesgesetz fällt in die ausschließliche Zuständigkeit eines Gerichts in der Russischen Föderation.

4) In der Russischen Föderation liegt ein wirksames gerichtliches Urteil vor, die in einem Rechtsstreit zwischen denselben Personen zum selben Thema und aus denselben Gründen ergangen ist;

5) Ein Gericht prüft eine Rechtssache in der Russischen Föderation wegen eines Streits zwischen denselben Personen zum selben Thema und aus den selben Gründen.

6) Die Verjährungsfrist für die Vollstreckung des Urteils eines ausländischen Gerichts ist abgelaufen und diese Frist wurde vom Schiedsgericht nicht verlängert;

7) Die Vollstreckung des Urteils eines ausländischen Gerichts würde der öffentlichen Ordnung der Russischen Föderation zuwiderlaufen.

Zum Beispiel: Die Nichteinhaltung von Zusicherungen der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit von Schiedsrichtern, die Nichtanwendung des materiellen Rechts des Landes, das von den Parteien vereinbart wurde, der Verdacht auf Abführung von Geldern aus dem Land mit Hilfe ausländischem Gerichtsurteil.

Nachdem das Gericht über die Anerkennung und Vollstreckung eines Urteils eines ausländischen Gerichts und deren Inkrafttreten entschieden hat, kann das Urteil vollstreckt werden.

Dmitry Koshlyak
Department of International Relations and Cooperation
M2BP Law firm LLC

Web: m2bp.ru
WhatsApp\Viber: 8 (913) 047 87 42
E-mail: d.koshlyak@m2bp.ru